

Antworten von Herrn Martin Heilig (Die Grünen) auf die Wahlprüfsteine des Würzburger Flüchtlingsrats

Würzburg, den 23.04.2025

Wahlprüfstein 1: Angleichung von Lebensverhältnissen

Die Unterkünfte für geflüchtete Menschen im Stadtgebiet Würzburg unterscheiden sich in Ausstattung, Betreuungssituation und Organisation erheblich. So sind in der städtischen Unterkunft Reuterhaus, die von der Stadt Würzburg verwaltet, ausgestattet und betrieben wird, viele Beratungsstellen und niederschwellig erreichbare Betreuung direkt vor Ort, während die Bewohner:innen der großen Unterkunft Veitshöchheimer Straße unter der Trägerschaft der Regierung Ufr. darin deutlich schlechter gestellt sind und nur unzureichend betreut werden.

1.1. Wie können diese Unterschiede in der Versorgung von Geflüchteten im Stadtgebiet angeglichen werden?

Heilig: Regelmäßiger Austausch mit Regierung, Wohlfahrtsverbänden, Ehrenamtlichen und Flüchtlingsrat, Einsatz für bessere Ausstattung in GU. Es kann nicht sein, dass Geflüchtete auf dem Stadtgebiet so unterschiedliche Betreuung erfahren. Ziel muss sein, dass das Niveau, wie es in der Unterkunft im Reuterhaus anzutreffen ist, zum Maßstab für die übrigen Unterkünfte wird.

1.2. Werden Sie im Falle Ihrer Wahl die Forderung des Würzburger Flüchtlingsrats nach Schaffung einer Stelle für aufsuchende Sozialarbeit in der Gemeinschaftsunterkunft Veitshöchheimer Straße aufgreifen und umsetzen?

Heilig: Neben der Komm-Struktur der Flüchtlingsberatung braucht es ohne Zweifel eine stärkere Geh-Hin-Struktur in Form aufsuchender Asylsozialarbeit. Gesprächsfäden, die es in dieser Richtung bereits mit den Wohlfahrtsverbänden gab, müssen konsequent weitergeführt werden. Die Stadt trägt hier Mit-Verantwortung, obwohl die Regierung letztlich maßgeblich ist. Es genügt nicht, hier vor allem auf die Koordination ehrenamtlicher Strukturen zu setzen.

Wahlprüfstein 2: Sozialreferat

2.1. Inwiefern kann das Sozialreferat entschlossen darauf hinwirken, dass geflüchtete Menschen besser in die Stadtgesellschaft integriert werden? Wie wird die Umsetzung der Handlungsforderungen im städtischen Integrationskonzept von 2019 kontinuierlich evaluiert und angepasst?

Heilig: Das Integrationskonzept liefert eigentlich alle wesentlichen Stichworte, so z.B. zum im Bereich des Zugangs zu Spracherwerb, Beratung, Bildung, Arbeit und Wohnen. Gerade im Bereich des Zugangs zum Wohnungsmarkt braucht es verstärkte Anstrengungen. Einsatz für den Fortbestand von "Fit for Move." Regelmäßige Gespräche zwischen Sozialreferat und Flüchtlingsrat, wie sie jetzt schon geführt werden, müssen fortgeführt werden. Wichtig ist, dass verbindliche Schritte, die in den Handlungsempfehlungen des Integrationskonzepts formuliert wurden, konsequent gegangen werden und gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und mit dem Flüchtlingsrat verbindlich evaluiert werden.

2.2. Welche Veränderungspotentiale sehen Sie hinsichtlich des Organisationsplanes und der personellen Ausstattung des Sozialreferats?

Heilig: Die Frage kann ich aktuell seriös nicht beantworten. Ich möchte sie als neuer OB im Fall meiner Wahl aber zeitnah mit der jeweils neuen Leitung des Sozial- und Finanzreferates klären und dem Stadtrat zum Beschluss vorlegen.

Wahlprüfstein 3: Vernetzung

Viele kommunale Angebote, Strukturen und Wissenswertes sind für Zugewanderte schwer zu finden und zu verstehen. Zudem fühlt sich in Würzburg niemand zuständig, eine Vernetzung der verschiedenen Akteure und Angebote zu organisieren und sichtbar zu machen.

3.1. Werden Sie digitale Vernetzungsangebote für involvierte Organisationen und Geflüchtete zu schaffen?

Heilig: Für digitale Vernetzungsangebote haben wir im Projekt StadtLandWue und mit unserer Smart Public GmbH viel fachliches KnowHow. Das Modellprojekt Smarte Region hat bereits den Auftrag, eine Plattform zu schaffen, um die soziale Resilienz in Würzburg zu stärken. Dort sollten auch Angebote für Geflüchtete und Ehrenamtliche abgebildet werden.

3.2. Werden Sie die vom Würzburger Flüchtlingsrat und anderen Organisationen geforderte Applikation der integreatApp oder eines vergleichbaren, niederschweligen Tools einführen?

Heilig: Ja, ich erachte eine solche digitale, handliche Zusammenstellung der wichtigsten Anlaufstellen in Würzburg für wichtig. Davon können alle Neubürger:innen profitieren, insbesondere für Geflüchtete müssen diese Informationen auch mehrsprachig verfügbar sein.

Wahlprüfstein 4: Bezahlkarte

Die Stadt Würzburg hat 2024 die Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt und dabei das Abheben von Bargeld auf 50 Euro begrenzt.

4. Werden Sie die Bezahlkarte beibehalten oder sehen Sie einen Veränderungsbedarf in Würzburg?

Heilig: Die Bezahlkarte schränkt Geflüchtete stark ein, im Gegensatz zu Geld kann darüber nicht frei verfügt werden, weil z.B. Online-Käufe nicht möglich sind. Sie verhindert gesellschaftliche Teilhabe. Außerdem kann es für Betroffene stigmatisierend und damit auch diskriminierend sein, mit der Bezahlkarte zu bezahlen. Die Bezahlkarte als Instrument einer restriktiven Asylpolitik ist abzulehnen. Die Umsetzung der Bezahlkarte ist für bayerische Kommunen verpflichtend, sodass hier keine Handhabe besteht, diese abzuschaffen. Ob die Bezahlkarte tatsächlich zu weniger Bürokratie beiträgt, muss ehrlich evaluiert werden. Ist dem nicht so, sind kommunale Spielräume in der Umsetzung zu überprüfen.

Wahlprüfstein 5: Psychosoziales Zentrum

Infolge des Messerangriffs am Barbarossaplatz 2021 wurde seitens der Stadt Würzburg ein Psychosoziales Zentrum und die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von psychisch Kranken mit Fluchterfahrung angekündigt.

5.1. Wann wird dieses Zentrum realisiert?

Heilig: Siehe 5.2..

5.2. Welche niederschweligen Angebote werden bis zur Realisierung des Zentrums Geflüchteten zur Verfügung stehen?

Heilig: Nach dem höchst bedauerlichen Scheitern der ursprünglichen Pläne für ein Psychosoziales Zentrum braucht es Gespräche mit Vertreter*innen bestehender Strukturen (Zentrum für Psychische Gesundheit der Uniklinik, Zentrum für Seelische Gesundheit, König-Ludwig-Haus, Medizinische Ambulanz der GU, Psychotherapeutische Praxen, die bereits Geflüchtete begleiten), um nächste konkrete Schritte zu besprechen.